

Entschädigungen fast beschlossen

Medikamententests «Ein Vorlage im Rekordtempo»: So nennt FDP-Kantonsrätin Michèle Strähl (Weinfelden) das Gesetz über den Solidaritätsbeitrag für Betroffene von Medikamententests. Per Motion haben Marina Bruggmann (SP, Salsmäch), Edith Wohlfender (SP, Kreuzlingen) und Peter Dransfeld (Grüne, Ermatingen) die Forderung nach einer Entschädigung im November 2022 eingereicht.

Anderthalb Jahre später liegt ein Gesetzesentwurf vor, hinter dem sämtliche Grossratsfraktionen stehen können. 25 000 Franken sollen es werden für jede Person, die zwischen 1940 und 1980 Opfer von Medikamententests in psychiatrischen Kliniken im Thurgau geworden ist. «Dieses Gesetz ist eine Befreiung von jahrzehntelang getragener Schuld», kommentiert Christian Caviezel (EDU, Tägerwil). Die rekordverdächtig schnelle Ausarbeitung des Gesetzes sei wichtig, damit möglichst viele Betroffene noch von den Entschädigungen profitieren können, sagt der Frauenfelder Mitte-Kantonsrat Christoph Regli. Genauso wichtig für ihn: «dass die Betroffenheit nicht vererbt werden kann.» Nachkommen von Opfern erhalten keine Entschädigung.

Das einzige halbwegs kritische Votum zur Entschädigung für Opfer von Medikamententests kommt von der SVP. Fraktionssprecher Josef Arnold (Uttwil) sagt: «Wir schaffen ein Sondergesetz, das rückwirkend angewendet wird.» Der Thurgauer Alleingang werfe sehr viele Fragen auf, unter anderem: «Sind Wiedergutmachungen mit Geld das richtige Mittel?» Den Thurgauer Alleingang stellt auch der zuständige Regierungsrat Urs Martin fest – im Gegensatz zu Parteikollege Arnold tut er das mit Stolz: «Wir werden das Gesetz so verabschieden und damit schweizweit eine Pionierrolle einnehmen – ein historischer Moment.»

Als historisch bezeichnet Martin auch die Verhandlungen mit der Pharmabranche – sie beteiligt sich mit vier Millionen Franken oder maximal 50 Prozent der gesamten Auszahlungen. «Das Resultat wird ein gutes für die Betroffenen und den Kanton Thurgau, und ich bin mir sicher, auch für die Pharmabranche.» Das Gesetz ist noch nicht verabschiedet, aber fast in trockenen Tüchern. Weil am Mittwoch kaum Kritik aufkommt, verkommt die bevorstehende Schlussabstimmung zur Formsache. (ste)

Gsaat isch gsaat

«Sie können nicht sagen: Häftlinge, macht ein wenig Homeoffice.»

Finanzdirektor Urs Martin erklärt in der Debatte zur Finanzstrategie, warum die Kosten selbst beim Justizvollzug steigen.

«Vielleicht warten wir noch das Telefon ab und machen dann weiter.»

Grossratspräsident Peter Bühler, als plötzlich ein Handy klingelt.

Lei motzt über Regenbogenfahne

SVP-Kantonsrat Hermann Lei bleibt mit seiner Kritik an einer Pride-Fahne an der PH Thurgau ziemlich alleine.

Sabrina Bächli

«Ich muss wohl wieder den Bad Boy spielen», sagt SVP-Fraktionspräsident Hermann Lei (Frauenfeld). Sein Votum in der Kantonsratssitzung im Rahmen der Diskussion zum Geschäftsbericht der Pädagogischen Hochschule (PH) Thurgau führt weit weg von der eigentlichen Thematik. Statt über die Zahlen oder Inhalte des Geschäftsberichts PH Thurgau zu sprechen, moniert Lei das Aufhängen einer Pride-Fahne vor der Hochschule. Seinem Unmut über dieses Zeichen hat Lei auch auf Facebook mit einem Post Luft gemacht und mit über 20 Kommentaren Zuspruch erhalten. Die regenbogenfarbige Fahne steht für verschiedene Lebensweisen queerer Personen und weist auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Schwulen, Lesben oder Transmenschen hin.

Pride-Fahne widerspreche der Neutralität

Lei stört sich an diesem Zeichen, denn: «Ich bin stolz auf die PH, aber ich bin nicht Pride.» Die PH habe schliesslich den Auftrag, politisch neutral Lehrpersonen auszubilden. Die Pride-Fahne widerspreche dem komplett. Lei poltert: «Unter dem Aspekt des Berufsauftrags ist das Aufhängen der Fahne nicht tolerierbar. Das ist ein schwerer Verstoss, und wir haben die Verantwortlichen aufgefordert, die Fahne zu entfernen.»

Leis Votum löst verschiedene Reaktionen aus. Zum einen tritt Felix Meier (SP, Romanshorn) ans Mikrofon und äussert sich als Präsident des PH-Fördervereins zur Fahne. «Es geht mir darum, Schaden abzuwenden von Zusammenhängen, die



SVP-Fraktionspräsident Hermann Lei ärgert sich über die Regenbogenfahne vor der PH.



Bilder: Facebook/Andrea Tina Stalder

hier erstellt werden, die aber nicht existieren.» Die Gesellschaft habe sich verändert und mit diesen Realitäten müssten sich die Lehrpersonen beschäftigen.

Kein politisches, sondern gesellschaftliches Zeichen

Die PH Thurgau habe schliesslich nicht nur den Auftrag, politisch neutral auszubilden, sondern auch, den inklusiven Unterricht zu pflegen. «Diese Fahne ist kein politisches, sondern ein gesellschaftliches Zeichen», hält Meier fest. Die Neutralität sei mit dem Hissen der Pride-Fahne nicht verletzt, sie zeige die Diversität der Gesellschaft. Ihm falle auf, dass der Er-

regungsgrad umgekehrt proportional zum Problem sei. Bevor einige der Kantonsräte in «innere oder mentale Schnappatmung verfallen», würde er sich mehr Gelassenheit mit «solchen Staatsproblemen» wünschen.

Für spezielle Anlässe Fahne erlaubt

Als Mitglied des PH-Hochschulrates klärt Mitte-Kantonsrat Simon Wolfer (Weinfelden) die Situation auf. Die Fahne sei schon weg, sie sei im Rahmen einer Inklusionswoche aufgehängt worden. Der Hochschulrat finde, es solle möglich sein, dass für spezielle Anlässe vorübergehend Fahnen gehisst werden können. «Das ist auch bei diesem Anlass

so geschehen, der sich mit einem aktuellen gesellschaftlichen Thema auseinandergesetzt hat.»

GLP-Kantonsrat Reto Ammann (Kreuzlingen) macht sich vor allem wegen der Reaktionen auf Hermann Leis Facebook-Beitrag Sorgen: «Die Kommentare unter dem Post sind teilweise sehr grenzwertig.» Beispiele nennt er keine. Nachzulesen sind sie auf Facebook und reichen von «unfassbar» oder «grad abeneh dä Schrott» bis hin zu: «Die Menschen verblöden.» Zum ersten Mal in seiner Karriere als Kantonsrat tritt Aufrecht-Vertreter Robin Spiri (Amriswil) ans Mikrofon: «Es ist nicht Sache der PH, sich in die

Politik einzumischen. Politische Werbung soll man auf privaten Grundstücken machen und nicht auf dem Gelände einer staatlichen Hochschule.»

Die eigentliche Diskussion rund um den Geschäftsbericht der PH Thurgau verkommt an diesem Mittwochmorgen zur Nebensache. Der Präsident der grossrätlichen Subkommission PH Thurgau, Roland Wyss (EVP, Frauenfeld), fasst deshalb am Ende zusammen: «Wir behandeln hier gerade eine 35-Millionen-Franken-Frage. Da ist eine Regenbogenfahne wirklich unser kleinstes Problem.» Der Geschäftsbericht wird am Ende mit 117 Ja, 2 Nein und 4 Enthaltungen angenommen.

Steuerfusserhöhung droht der Absturz

Rückzug der Steuersenkung von 2022 hat im Grossen Rat wohl keine politische Mehrheit.

Christian Kamm

Die Überschrift ist irritierend harmlos. Mit der «Finanzstrategie 2024-2030» möchte die Regierung den aus dem Lot geratenen Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen. Zu diesem Zweck hat sie in ihrem Bericht sieben Handlungsfelder definiert. Am politisch brisantesten ist die vorübergehende Rücknahme der erst 2022 beschlossenen Steuerfusserhöhung von acht Prozenten – «für mindestens sechs Jahre».

SVP-Fraktion gegen eigenen Regierungsrat

Kein Wunder, liefen die Steuer-senker von einst im Rahmen der Grossratsdebatte über die Finanzstrategie jetzt Sturm gegen die Pläne. Obwohl noch nichts entschieden, sondern lediglich diskutiert worden ist. Ans Eingemachte wird es erst im Rahmen der Budgetdebatte gehen. Doch die Signale an die Adresse

des Finanzchefs Urs Martin lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. «Eine Steuererhöhung kommt nicht in Frage», macht Kantonsrat Heinz Keller (Kradolf) klar – wohlgenutzt als Sprecher von Urs Martins Heimatfraktion, der SVP. Nicht weniger deutlich tönt es aus dem Mund des ehemaligen SVP-Fraktionschefs Stephan Tobler (Egnach): «Keine Steuererhöhung – es muss andere Mittel geben.» Vor allem gelte es, die Ausgaben anzuschauen.

Ins selbe Horn stösst die FDP: Seine Fraktion sei klar gegen eine Steuerfusserhöhung, sagt Sprecher Andreas Opprecht (Sulgen). Die Forderung der Regierung sei zum heutigen Zeitpunkt verfrüht. Für eine rechnerische Mehrheit dieses Lagers sind in der Folge die EDU/Aufrecht-Fraktion und die GLP besorgt. Es sei leider ein Naturgesetz, dass der Staat über seine Verhältnisse lebe und sich verschulde, kritisiert EDU-Frak-

tionspräsident Marcel Wittwer (Schocherswil). Nun wolle er wieder den Weg des geringsten Widerstands gehen und an der Steuerschraube drehen. Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) betonte, dass die GLP zwar nicht grundsätzlich gegen Steuererhöhungen sei, aber erst, wenn es nicht mehr anders gehe. «Das ist noch nicht der Fall.» Zusammen verfügen diese vier Fraktionen über 72 Stimmen im Grossen Rat (130) und damit über eine Mehrheit.

Steuersenkung von 2022 korrigieren

Klar für eine Rücknahme der Steuerfusserhöhung sprechen sich SP und Grüne aus. Die Finanzstrategie der Regierung sei keine Strategie, sondern «realitätsfremdes Wunschdenken», kritisiert SP-Kantonsrat Christian Koch (Matzingen). Der Kanton habe sich mit fremden Geld aus der Nationalbank-Gewinnausschüttung verzoxt und mit

beiden Händen Steuergeschenke verteilt. Die Mehrheit des Grossen Rats habe sich von den Nationalbank-Zahlungen blenden lassen, doppelt Grünen-Fraktionschefin Sandra Reinhart (Amriswil) nach. Der Thurgau habe nicht ein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem, wird auf dieser Ratsseite argumentiert. Für Mitte/EVP signalisiert Corinna Pasche (Bischofzell) Gesprächsbereitschaft beim Steuerfuss. «Die Senkung von acht Prozenten war zu hoch.»

«Wir haben beides, ein Einnahmen- und Ausgabenproblem», sagte Urs Martin. Die Situation sei «sehr anspruchsvoll», wirbt Martin für das «ausgewogene Paket» der Regierung. Neben der vorübergehenden Rücknahme der Steuerfusserhöhung sollen unter anderem die Investitionen gedeckelt und das Wachstum des Aufwands in den Globalbudgets auf 1 Prozent beschränkt werden.

Thurgauer Weg, der allen passt

Gesetz Das Gesetz über die Finanzierung von Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung, kurz FLEMBG, hat einen langen Weg inklusive Umweg hinter sich. Am Mittwoch hat die Kommission dem Grossen Rat einen Entwurf zur ersten Lesung vorgelegt, der schlank sei und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtige, sagt Vizekommissionspräsident David Zimmermann (SVP, Braunau). Die 15 Paragraphen sind schnell durchberaten. Bei der freien Wohnsitzwahl stellt Grüne-Kantonsrätin Cornelia Hauser (Weinfelden) drei Anträge, die alle abgelehnt werden. Zur Rückforderung gibt es einen Antrag von FDP-Kantonsrat René Walther (Arbon). Aufgrund sprachlicher Feinheiten stellt der zuständige Regierungsrat Urs Martin selbst einen neuen Antrag. Rückerstattungsansprüche sollen fünf Jahre nach Kenntnis oder sicher nach zehn Jahren verjähren. Diese Version goutiert der Grosse Rat mit 71 Ja-Stimmen. (sha)